



Endlich kann man auch zu Fuß wieder unter freiem Himmel über die B 14 kommen!
Am 7. September haben grüne Kommunalpolitiker und Aktive die Eröffnung der neuen
Fussgängerüberwege über Holz- und Hauptstätterstraße gefeiert ...

Schwerpunkt: Verkehr in Stuttgart

Inhalt:

- Kreismitgliederversammlung am Donnerstag, 26. Oktober 2006, 20 Uhr
im Kulturzentrum Merlin, Augustenstr. 72, S-West
- mehrere Artikel zum Schwerpunktthema Verkehr!
 - Biggi Bender zur Gesundheitsreform
- Berichte zu Drogenpolitik, Rechtsextremismus und vom Zukunftskongress
 - Aktuelles aus dem Kreisverband
 - und vieles mehr



Heft Nr.:

76

Rundbrief

Editorial



Liebe Freundinnen und Freunde,

Lange Zeit fand Politik ja überhaupt nicht statt. Die Große Koalition machte auf Harmonie und Hinterzimmerkompromisse. Nach der Landtagswahl gab's

im Ländle – wer hätt's erwartet – doch nur mehr vom Immergleichen. Und dann wurde das politische Geschäft für gefühlte vier Monate vom „Sommermärchen“ Fußball-WM ersetzt.

Jetzt hat die Politik uns wieder – und als politische Menschen fügen wir hinzu: glücklicherweise. Die Gesundheitsreform erweist sich als absoluter Dauerbrenner auf der politischen Agenda, die Unions-Ministerpräsidenten (allen voran der Fast-Superminister Stoiber) schießen quer, und die Umfragewerte von schwarz und rot schießen in den Keller. Nicht zufällig profitieren davon die Linkspartei, die NPD und auch die zurzeit eher lautlosen „Liberalen“. Die Grünen halten sich stabil bei 10 Prozent. Immerhin: In Berlin hätte es für rot-grün gereicht. Aber die SPD fand dann doch die Linkspartei realitätsnäher. Vielleicht tun wir im Südwesten gut daran, auch in der Opposition politische Realitäten – wie die öffentlichen Finanzlöcher – nicht aus den Augen zu verlieren.

Auch wir Stuttgarter Grüne wollen jetzt mit der Politik wieder anfangen. Im September fuhr der Vorstand mit den Spitzen der Grünen Jugend für anderthalb Tage auf Klausur in den Schwarzwald. Mit frischem Elan werfen wir uns ins Alltagsgeschäft, wollen wieder mehr und vieles besser machen. So wollen wir Euch im Rundbrief mehr aus dem Kreisverband berichten. Erste Früchte dieses Bemühens findet Ihr auf den Seiten 11 bis 13. Schwerepunktlich widmet sich dieser Rundbrief aber dem Thema Verkehr. Auf den Seiten 4 bis 7 gibt's die auf der letzten Mitgliederversammlung verabschiedete Resolution, sowie die wichtigsten Forderungen der Umweltschutzverbände und Aktuelles zum Mammutprojekt Stuttgart 21. Das versuchen wir wie eh und je mit Leibeskraft zu verhindern – und langsam wird's ernst. Zeit, dass wir alle aus dem Sommerschlafchen wieder aufwachen.

Jan Fuhse

Inhalt

Editorial	2
Einladung KMV	3
Schwerpunktthema: Verkehr in Stuttgart	
Verkehr in Stuttgart	4
ACFC: Fahrradrouten für alle	5
BUND: Reclaim the streets	5
LNV: Entschleunigung	6
VCD: Verkehrsminderungskonzept	6
Bahn AG verramscht Stuttgart 21	7
Gesundheitsreform: Zurück auf Los!	8
Ideologie darf nicht über Vernunft siegen	9
Drauf...schauen	10
Alles Müll oder was?	11
Neues aus dem Kreisverband	12
Bericht vom Zukunftskongress	13
Ortsverbände	14
Kontakte & Adressen	15
Termine & Veranstaltungen	16

Impressum

Rundbrief

Zeitschrift des Kreisverbands Stuttgart. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Stuttgart
Hermannstr. 5a
70178 Stuttgart
Tel: 0711-6159501
Fax: 0711-6159503
buero.kv.stuttgart@gruene.de
www.gruene.de/stuttgart

**Bank-
verbindung** LBBW Stuttgart
Konto: 2550905
BLZ: 600 501 01

Redaktion Jan Fuhse (ViSDP)
Friederike Kaiser

**Redaktions-
sitzungen** Die Sitzungen sind öffentlich,
Interessierte herzlich willkommen!
Termin auf Anfrage

Gestaltung SanShine, Stuttgart

Druck Druckerei Steinkopf Stuttgart,
Hermannstraße

Ausgabe Oktober 2006

Auflage 650

Bezug Nichtmitglieder können den
Rundbrief gegen ein Jahresentgelt
von 16 Euro abonnieren.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht
immer die Meinung der Redaktion bzw. des
Kreisvorstandes wieder.

Neuer Realismus?

Einladung zur Kreismitgliederversammlung am 26.10.2006



Der Klimawandel ist dramatischer, als wir Grüne zu sagen wagen. Und die notwendigen politischen Schritte, um seine Folgen für unser Leben zu mildern, sind radikaler als unser grünes Parteiprogramm.

Mit dieser These beherrscht das Papier über einen „neuen Realismus in der Ökologiepolitik“ von Reinhard Loske und Boris Palmer zwar noch nicht alle Gazetten, aber doch die grün-interne Debatte des Herbstes. Sowohl auf dem Landesparteitag am 11. und 12. November in Bad Krozingen als auch auf dem Bundesparteitag vom 1. bis zum 3. Dezember in Köln steht die Ökologie auf der Tagesordnung. Für die LDK liegt der Leitantrag des Landesvorstands bereits vor: Er fordert die CO²-freie Energieversorgung bis 2050, City-Maut und Tempolimits sowie mehr Ordnungsrecht gegen

die Energieverschwendung beim Wohnungsbau. Stammen diese Rezepte aus der Fundimottenkiste - oder führen sie zu einem grünen Befreiungsschlag? Darüber wollen wir mit Euch unter anderem diskutieren bei unserer KMV am 26. Oktober.

Auch ums Personal dreht es sich mal wieder: Die beiden Kandidaten für die Nachfolge von Andreas Braun als Landesvorsitzender, Alexander Schenk und Daniel Mouratidis, stellen sich vor und antworten auf Eure Fragen. Für die LDK wählen wir 17 und für die BDK neun Delegierte. Interessierte können sich am Abend, aber sehr gerne auch vorab beim Kreisvorstand melden.

Den Abend beginnen wir mit der dann aktuellen Lage: Am 23. Oktober treffen sich die Spitzen von Bahn, Bund und Land zu Stuttgart 21. In der einen oder anderen Form werden sie Diskussions- und Beratungstoff für uns Grüne in Stuttgart liefern.

Auf einen engagierten grünen Abend mit Euch freut sich für den Kreisvorstand

Andrea Lindlohr

**Tagesordnung
der KMV am
Donnerstag,
26. 10. 06,
im Merlin,
Augustenstr. 72,
ab 20.00 Uhr:**

- 1. Aktuelles:
Stuttgart 21**
- 2. LDK in Bad
Krozingen:
Öko bei den
Grünen**
- 3. LDK: Wer wird
Landes-
vorsitzender?**
- 4. LDK: Wahl der
Delegierten**
- 5. BDK in Köln:
Wahl der
Delegierten**
- 6. Verschiedenes**

Sexy und intelligent

Auch dieses Jahr nahm der Kreisverband wieder mit einem Wagen und einer Fußgruppe bei der Parade zum Christopher Street Day in Stuttgart teil. Mit fantasievollen Kostümen und viel guter Laune machten wir Werbung für grüne Politik und unser Eintreten für die Rechte von Homosexuellen und anderen Minderheiten: Vielfalt statt Einheitsbrei, Solidarität und Integration statt Gleichmacherei und Leitkultur. Und dabei merkten wir mal wieder, dass Politik auch Spaß machen kann – und soll. Neben der Beteiligung am Umzug haben wir Grünen auch mit unserem Infostand bei der Hocketse der Aidshilfe und der Rede unserer Landtagsabgeordneten Brigitte Lösch bei der CSD-Kundgebung wieder deutlich gemacht, dass es gegen die Diskriminierung von Lesben und Schwulen immer noch viel zu tun gibt.



SchwerpunkttHEMA: Verkehr in Stuttgart

Das „heiligs Blechle“ ist leider des Stuttgarters liebster Freund. Die Feinstaubwerte auf unseren Straßen sind bundesweit traurige Spitze, an allen Ecken und Enden staut sich der Autoverkehr – obwohl ständig neue Straßen und Tunnel gebaut werden. Wie kann man die Verkehrsprobleme der Stadt Stuttgart lösen? Wir haben die ökologischen Verkehrsvereine und die Umweltverbände um Rat gefragt und daraus auf unserer letzten Kreismitgliederversammlung Forderungen an ein Verkehrsentwicklungskonzept in Stuttgart entwickelt.

Unten findet Ihr die verabschiedete Resolution, mit der wir den Verkehrsplanern in Politik und Verwaltung ein bisschen auf die Sprünge helfen wollen. Auf den nächsten Seiten präsentieren die Verbände ihre wichtigsten verkehrspolitischen Forderungen. Den Abschluss unseres Schwerpunkts Verkehr bildet ein Artikel über das Mammutprojekt Stuttgart 21, das in diesen Tagen in die heiße Entscheidungsphase geht. Vielleicht überzeugen wir ja Gemeinderat und Verwaltung, dass zu diesem Millionengrab der Bürger gefragt wird ...

Forderungen an ein Verkehrsentwicklungskonzept (VEK)

Wir erwarten von einem zukunftsfähigen Verkehrsentwicklungskonzept der Stadt Stuttgart, dass alle Maßnahmen für eine menschen- und stadtverträgliche Mobilität ergriffen werden. Auch Familien sollen gerne in der Stadt wohnen. Kinder und Jugendliche brauchen genügend Bewegungsräume, so dass Ihnen entsprechende Flächen freigehalten werden müssen.

Uns ist die Weiterentwicklung der innerstädtischen Mobilität wichtiger als die Fokussierung des verkehrspolitischen Interesses auf Stuttgart 21. Darüber hinaus darf sich das Land bei der Finanzierung des Öffentlichen Nahverkehrs nicht seiner Verantwortung entziehen. Gegen die dauerhafte Überschreitung der Feinstaubgrenzwerte müssen endlich wirkungsvolle Maßnahmen ergriffen werden.

Wir sind im Grundsatz einig mit den Verbänden LNV, VCD, BUND und ADFC und werden deren verkehrspolitische Forderungen soweit wie möglich in die politische Diskussion mit einbringen.

Unsere Hauptforderungen sind:

Fußgängerverkehr

- konsequente Förderung sicherer Verbindungen (Schulwege)
- Abbau von Wartezeiten an Fußgängerampeln
- an Stelle von Unterführungen sind ebenerdige Überwege zu schaffen. Wie aktuell auf der B14 ist dies z.B. auch für die Heilbronner Straße und Kriegsbergstraße vorzusehen
- Aufwertung des öffentlichen Raums durch gestalterische Maßnahmen

Radverkehr

- konsequente Einarbeitung des vom Gemeinderat mit großer Mehrheit verabschiedeten Radverkehrskonzepts
- Förderung des Radverkehrs durch verlässliche Verbindungen, insbesondere für Kinder und Jugendliche

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

- Ausbau der Nachtbuslinien
- Taktzeitverkürzung
- Grundsätzliche Privilegierung des ÖPNV (wie etwa durch Busspuren und Vorrangschaltung)

Autoverkehr (Kfz-Verkehr)

- Entschleunigung des Autoverkehrs insgesamt, auch in den Außenbezirken. Dort, wo Menschen wohnen: Tempo 30, auch bei Vorbehaltsstraßen (z.B. Immenhoferstraße, Robert-Mayer-Straße)
- Verteuerung des Parkens durch Parkraummanagement
- konsequente Überwachung von Geschwindigkeit und Parken
- Einrichtung von großflächigen Anwohnerparkzonen in zentrumsnahen Stadtbezirken
- Einrichtung von Spielstraßen/verkehrsberuhigten Bereichen

Beschluss der Kreismitgliederversammlung Stuttgart von Bündnis90 / Die Grünen vom 21.9.06

ADFC: Fahrradrouren für alle schaffen



Der Autoverkehr kann nur dann nachhaltig reduziert werden, wenn die umweltfreundlichen Verkehrsarten gefördert werden. Um möglichst viele Menschen auf das Rad zu bringen, müssen die Verantwortlichen auf die

Bedürfnisse der unterschiedlichen Menschen eingehen. Daher stellt der ADFC, Kreisverband Stuttgart, folgende Forderungen zur Förderung des Radverkehrs in Stuttgart auf:

- Es ist eine Angebotsplanung erforderlich: Die Rad-Infrastruktur muss so ausgebaut werden, dass sie für den gewünschten Radverkehrsanteil (mehr als 20 Prozent) ausreicht.

- Viele Radfahrer benötigen ein Radroutennetz abseits des Autoverkehrs und mit Querungshilfen über stärker befahrene Straßen.
- Das Straßennetz muss so gestaltet werden, dass die Radfahrer sich dort sicher und schnell im Sichtfeld der Autofahrer bewegen können - als Routennetz für schnellere Radfahrer.
- Beide Radroutennetze müssen miteinander verbunden sein und gut ausgeschildert werden.
- Um den Kindern das Rad fahren zu ermöglichen, müssen die Fußwege ausgebaut und der „ruhende Verkehr“ überwacht werden.
- Das Netz der Straßen, auf denen schneller als 30 km/h gefahren werden darf, ist stark zu reduzieren. Dabei ist Verkehrsverlagerungen auf Nebenstraßen entgegenzuwirken.

Gudrun Zühlke

Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs, Kreisverband Stuttgart

BUND: Reclaim the Streets



Der Trend raus zu ziehen in die Region, weil es dort angeblich so schön grün ist, ist gebrochen. Es gibt erste Ansätze einer eindeutigen Renaissance des städtischen Wohnens und Lebens. Die Leute haben es satt, wert-

volle Lebenszeit in ihren Blechkisten zu verschwenden. Kurze Wege zwischen Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Freizeit verbringen sind angesagt - vorm Haus fußläufig oder mit der Stadtbahn zur Oper und hinten raus mit Bus oder Fahrrad zum Bärensee (frei nach Kurt Tucholsky).

Doch die Landeshauptstadt ist nicht vorbereitet auf diese ökologisch erfreuliche Entwicklung - und es droht ein schnelles Ende dieses Zurück-in-die-Stadt-Trends. Denn die Aufenthalts- und Wohnqualität ist in vielen Bereichen der Stadt durch den über alles dominierenden Straßenverkehr sehr stark beeinträchtigt. Vor allem durch den Straßenlärm, insbe-

sondere in den Nachtstunden, fühlen sich sehr viele Stuttgarter Bürger extrem belästigt. Ein in allen Belangen attraktives Stuttgart braucht weniger, langsamere und leisere Autos. Die Bürger sollen in diesem Zusammenhang ermutigt werden den öffentlichen Straßenraum wieder für sich als „Lebensraum“ zurück zu erobern.

Der BUND schlägt hierfür folgende Maßnahmen vor:

- Straßenrückbau statt -ausbau
- Parkraumreduktion und -verteuerung
- Umgestaltung von Straßenraum in Spielstraßen, Westentaschenparks, Minikreisel, etc
- Tempolimits:
 - 30 km/h innerorts flächenhaft
 - 60 km/h Land- und Bundesstraßen
 - 80 km/h Autobahnen
- Ausdehnung des LKW-Durchfahrtsverbotes und Citymaut
- Kampagne zur Förderung des Fußgängerverkehrs: „Wer zu Fuß kommt ist clever“ o.ä. (Einkaufen um die Ecke; zu Fuß zur Schule, Kindergarten, Sporthalle).

Gerhard Pfeifer

Geschäftsführer des BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) für Stuttgart

LNV: Entschleunigung



Je schneller gefahren werden kann, um so mehr wird gefahren und je langsamer gefahren werden kann, um so weniger wird gefahren. Wenn man will, dass der Autoverkehr und seine negativen Begleiterscheinungen weniger werden, folgt daraus:

- Der Autoverkehr muss entschleunigt werden, und zwar hauptsächlich dort, wo viele Autos schnell fahren.

- Wenn der Schienenverkehr ausgebaut wird, muss der parallel verlaufende Autoverkehr entschleunigt werden. Andernfalls ist die Förderung des ÖPNV kein Beitrag zum Umweltschutz.

In Stuttgart wird an einem Verkehrsentwicklungskonzept (VEK) nach dem Motto „Weiter so wie bisher“ gearbeitet. Man denkt immer noch an Projekte wie den Rosensteintunnel,

die Filderauffahrt im Zuge der B312, die 2. Röhre des Heschlacher Tunnel, den Nordosttring und andere Uraltfehlplanungen.

Nach der in Vergessenheit geratenen Untersuchung des Stadtplanungsamtes von 1989 „Bodenversiegelung in Stuttgart“ sind mindestens 10 % der Straßenflächen entbehrlich. Viele Straßen, große und kleine, haben Rückbaupotenzial. Statt neue Straßen zu bauen, sollten die Fehlplanungen der Vergangenheit beseitigt werden. Beispiel: Jahnstraße. Der Bau der U15 wäre eine Gelegenheit gewesen wäre, diese Straße in Ordnung zu bringen.

Durch einen geordneten Straßen-Rückbau sollte der Autoverkehr um jährlich 2 bis 3 Prozent verringert werden. Dies wird dadurch erleichtert, dass der Autoverkehr – wie Stuttgarter Fachleute bereits 1987 prognostiziert haben – aus demografischen Gründen bundesweit ohnehin leicht rückläufig ist – außer dort, wo neue Straßen gebaut werden.

Rudolf Pfeiderer

Stv. Sprecher des Landes-Naturschutzverbandes (LNV), Arbeitskreis Stuttgart

VCD: Ein Verkehrsminderungskonzept für Stuttgart



Zum Ziel:

Mit dem Begriff „Verkehrsentwicklungskonzept“ wird assoziiert, dass die Voraussetzungen für noch mehr Verkehr geschaffen werden sollen. Wir möchten stattdessen den Verkehr

verringern: „Hohe Mobilität mit weniger Verkehr“ ist ein Ziel im Stadtentwicklungskonzept. Unter dieser Zielsetzung und der Vorgabe „Reduzierung und Verlangsamung des MIV“ sind unsere vier beispielhaften Forderungen zum ÖPNV zu sehen:

1. Maßvoller Ausbau des S-Bahn- und Stadtbahn-Netzes (kein Stuttgart 21, stattdessen S-Bahn-Konzept „tangenS“ mit Nordkreuz und Gäubahntrasse und Ausbau des Stadtbahnnetzes)

2. Schrittweise Ausdehnung des Nachtbusverkehrs auf alle Wochentage (Schließung der Bedienungslücke in der Nacht)

3. Sicherung der Finanzierung des ÖPNV in Stuttgart durch Abbau der Subventionen für MIV (ca. 80 Mill. Euro)

4. „Beispielquartiere nachhaltige Mobilität“:
- autoarmes Rosensteinviertel mit optimiertem ÖPNV und Fuß- und Radwegenetz
- verkehrsberuhigende Umgestaltung zum autoarmen Quartier in Stuttgart West

Zum Vorgehen:

Der für Stuttgart gewählte Ansatz mit der Projektlenkungsgruppe aus Vertretern von Gemeinderat, SSB und Verwaltung einerseits und der separaten Erstellung eines Radverkehrskonzepts lässt befürchten, dass die Konzepte für die einzelnen Verkehrsarten ohne Gewichtung nebeneinander stehen werden. Ein integriertes Konzept, wie von uns gefordert, berücksichtigt von Anfang an die unterschiedlichen Interessensgruppen und die verschiedenen Verkehrsarten und nimmt im Verfahren eine Bewertung und Bevorzugung der umweltverträglicheren Verkehrsarten vor.

Christoph Link

1. Vorsitzender des Verkehrs-Clubs Deutschland (VCD), Stuttgart



Seit einem geschlagenen Dutzend Jahren blockiert das Projekt Stuttgart 21 die in der Tat notwendige Verbesserung des Zugverkehrs und die städtebauliche Aufwertung von Stuttgarts Zentrum. Kalkulationen

und Zeitpläne wurden regelmäßig über den Haufen geworfen. Die Projektbefürworter haben es nicht geschafft, eine schlüssige Finanzierung ihrer großen Pläne darzustellen und jammerten stattdessen über die „grünen Blockierer“. Erst nach 12 Jahren gelang es der großen Koalition von Projektbefürwortern, einen Unterstützerkreis zu organisieren und ein nennenswertes publizistisches Echo hervorzurufen. Die angekündigte Projektentscheidung wurde unterdessen wiederum vom September nun auf den 23. Oktober verschoben. Wir werden sehen, was dieser Tag bringt.

Die Rathausgrünen nehmen die Bedenken der 38 Prozent der Befragten ernst, die das Projekt aus verschiedenen guten Gründen ablehnen: Auch wenn tatsächlich eine Einigung über die Kostenverteilung zustande käme, bleibt noch immer ein Rattenschwanz von städtebaulichen, ökologischen, verkehrspolitischen und

denkmalschützerischen Problemen übrig. Die jungen Leute mit der höchsten Projektakzeptanz in der Umfrage waren noch Kinder oder Jugendliche, als genau diese Bedenken diskutiert wurden. Sie sind diejenigen, deren Mobilitäts- und Freizeitbedürfnisse während der Bauzeit am meisten beeinträchtigt werden. Offenbar sieht die Bahn nur eine Chance für Stuttgart 21, wenn der Architekturentwurf von Ingenhoven aus Kostengründen trivialisiert wird. Vom Beispiel des Hauptbahnhofs Berlin (Lehrter Bahnhof) weiß man, wie unsensibel und rigide die Bahn mit Architektur umgehen kann. So ist gut denkbar, dass aus dem gepriesenen futuristischen, mit Tageslicht beleuchteten und energetisch optimierten Entwurf auf eine banale S-Bahn-Station im Keller wird. Und dass der künftige Straßburger Platz ein öder Mega-Betondeckel, durch Wälle gegen den Schlossgarten abgeschirmt, wird. So kann man sich durch Architekturwettbewerb Zustimmung erschwindeln.

Eine Dreiviertelmehrheit der Befragten fordert im Falle einer Kostenerhöhung den Bürgerentscheid. Die Rathausgrünen wollten den schon immer und fordern den Oberbürgermeister eindringlich auf, sein Versprechen aus dem OB-Wahlkampf ohne Wenn und Aber einzuhalten.

Michael Kienzle

Zahlenspiele

Augenscheinlich hat die CDU richtig Angst vor dem Bürgerentscheid zu Stuttgart 21, den sie zur OB-Wahl bei „erheblichen Mehrkosten“ versprochen haben. Die Mehrkosten sind da – und jetzt wird eifrig rumgerechnet. Neuester Trick: Die Flughafengesellschaft (FSG) soll kräftig dazu schießen und ist auch bereit dazu. Der Haken daran: Die FSG gehört Stadt und Land. Die Zeche zahlt also doch der Bürger – nur müsste er so nicht mehr gefragt werden. Doch da machen wir nicht mit!



Geht zurück auf Los, zieht kein Geld ein! Die Gesundheitsreform neu starten



Es gibt gute Nachrichten: Die Kanzlerin hat die Notbremse gezogen. Die Gesundheitsreform ist in das nächste Frühjahr verlegt worden. Die große Koalition hätte nun Zeit, ein neues Konzept vorzulegen. Doch die schlechte Nachricht

lautet: Der Gesundheitsfonds ist noch nicht vom Tisch. Er gehört nicht auf die Tagesordnung, weil mit ihm kein einziges notwendiges Ziel der Reform erreicht und auch kein einziges Versprechen der Koalition eingelöst wird. Die Finanzierungsbasis wird nicht gestärkt, sondern geschwächt, der Wettbewerb nicht gestärkt, sondern beseitigt, dass Geld nicht in bessere Behandlung und Verhinderung von Krankheiten gesteckt, sondern in mehr Bürokratie. Die Koalition hat zwar hier und da nachgearbeitet und nachgebessert. Tatsächlich aber hat sie nur verschlimmbessert. Der ganze Theaterdonner soll eine gemeinsame Politikfähigkeit simulieren, die die Koalition offensichtlich nicht hat.

Der Gesundheitsfonds bringt keine Ausweitung der Finanzierungsbasis. Es bleibt bei Beiträgen, die auf Arbeitseinkommen erhoben werden. Das ist keine nachhaltige Finanzierung. Privatversicherte werden nicht – wie nach dem holländischen Vorbild einer Bürgerversicherung – in den „Fonds“ einbezogen. Damit wird Solidarität nicht gestärkt, sondern geschwächt. Genauso wenig bringt der „Fonds“ mehr Steuermittel. Die Reform verspricht im Vergleich zum Istzustand weniger Steuermittel. Dafür sieht der „Fonds“ einen staatlich verordneten Beitrag vor, der schon im nächsten Jahr 1,5 Prozent höher liegen wird als der derzeitige Durchschnittsbeitrag. Menschen mit geringem Einkommen müssten bis zu einer bestimmten Grenze (ein Prozent ihres Haushaltseinkommens) einen staatlich verordneten Einheitsbeitrag zahlen. Dieser Betrag wäre bei jeder Krankenkasse gleich, ein Kassenwechsel zugunsten der Versicherten überflüssig. Der Wettbewerb um Beiträge wäre auf Eis gelegt.

Was übrig bleibt, sind Beitragssatzerhöhun-

gen für alle. Das hätten die Kassen auch alleine gekonnt. Stattdessen sollen sie vom „Fonds“ weniger Geld zurückkriegen, als sie brauchen, und dafür Kopfpauschalen erheben. Das ist entweder eine soziale Drohung, oder es funktioniert nicht wegen des Verwaltungsaufwandes. Wenn die Koalition nun über eine Überforderungsklausel streitet, zeigt sie vor allem eines: Das die Beteiligten überfordert sind!

Reform blockiert Wettbewerb

Mit der Reform soll der Wettbewerb um Qualität und Wirtschaftlichkeit gestärkt werden. Es gibt vereinzelt die Erkenntnis, dass wir auch mehr Wettbewerb auf dem Arzneimittelmarkt brauchen. In die Politik der großen Koalition hat diese Erkenntnis noch keinen Eingang gefunden. Die zunftartige Struktur des Apothekenmarktes muss aufgebrochen werden. VerbraucherInnen könnten dann günstigere Arzneimittel erwerben und hätten die Möglichkeit, auf die Preise von Arzneimitteln Einfluss zu nehmen. Und schließlich bräuchten wir eine Erneuerung des Gesundheitswesens in Richtung mehr Prävention und Gesundheitsförderung.

Zurück auf Los und Neustart wäre der richtige Ansatz. Ob die Koalition dazu die Kraft hat??

Biggi Bender

Ideologie darf nicht über Vernunft siegen

Heroinvergabe an schwerstabhängige Drogenkonsumenten



Das bundesdeutsche Modellprojekt zur heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger startete im Jahr 2001. Vor allem der Initiative großer bundesdeutscher Städte wie Hamburg, Hannover, Frankfurt, Köln,

Bonn, Karlsruhe und München ist es zu verdanken (Stuttgart hatte einen Rückzieher gemacht), dass diese international hoch beachtete wissenschaftliche Studie durchgeführt werden konnte. Kommunalpolitiker dieser Städte wollten endlich dem Spritzdrogenelend in ihren Innenstädten und der medizinischen Unterversorgung eines Teils der Schwerstabhängigen nicht mehr tatenlos zusehen und der Abhängigkeit von illegalen Drogen mit den Mitteln der Gesundheitspolitik begegnen. Insgesamt nahmen 1.032 Personen am Modellversuch teil, davon 48 in Karlsruhe.

Die Studienergebnisse des Modellprojektes liegen seit Januar 2006 vor und belegen, dass durch die heroingestützte Substitution überhaupt erst ein Teil schwerstabhängiger Drogenabhängiger erreicht wurde und dass sich bei 80% der Behandelten der Gesundheitszustand gebessert hat, keine anderen illegalen Drogen konsumiert wurden und die Kriminalität zurück gegangen ist. Ergebnisse, die aus anderen Studien der Schweiz und den Niederlanden gestützt werden.

Die große Frage ist nun: wie geht es weiter und vor allem, wann geht es weiter. Die beteiligten 7 Städte haben sich bereit erklärt bis 31.12.2006 die Projekte weiter zu finanzieren. Bis dahin muss aber endgültig geklärt werden, ob es zu den entsprechenden gesetzlichen Regelungen kommt und somit die Heroinvergabe weiter geführt werden kann! Leider wird in der öffentlichen Diskussion vor allem von Seiten der CDU nur mit Klischees und Vorurteilen argumentiert. Dabei geht es weder um die Legalisierung und Freigabe von Heroin, noch um eine Abkehr von der Abstinenzorientierung in der Suchtpolitik, sondern es geht um eine begrenzte und kontrollierte Vergabe

von Heroin als Medikament. Unter strengen Auflagen soll es spezialisierten ÄrztInnen möglich sein, Heroin für jene 10 bis 20% der schweropiatabhängigen PatientInnen abzugeben, die von der bestehenden Hilfsangeboten nicht erreicht werden. Auch die Landesstelle für Suchtfragen unterstützt ausdrücklich diese Forderungen und weist darauf hin, dass es in der Sucht- und Drogenhilfe nicht um ideologische und moralische Konzepte gehen darf, sondern dass wir Drogenabhängige in ihrem Leiden und in ihrem Suchtalltag zunächst oft erst wieder geduldig für eine neue Hoffnung auf gesundes Leben und auf persönliche Entwicklung gewinnen müssen. Deshalb brauchen wir auf der Bundesebene einen Gesetzentwurf, der durch entsprechende Änderungen des Betäubungsmittelgesetzes die rechtlichen Rahmenbedingungen schafft, um Schwerstopiatabhängigen eine heroingestützte Behandlung zu ermöglichen. Blockiert wird das zurzeit vor allem durch die Länder, in Baden-Württemberg durch die CDU-Fraktion.

Wir brauchen dringend eine sachliche Diskussion, in der die Ergebnisse der Studie zur Kenntnis genommen und Vorurteile entkräftet werden. Ich hoffe, dass dies in der von der CDU angekündigten Expertenanhörung am 21.10.2006 im Landtag passieren wird.

Brigitte Lösch

Drauf...schauen



Vor wenigen Wochen sind sechs NPD-Abgeordnete in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern gewählt worden. Spätestens ab dieser Wahl kann niemand mehr das Erstarken der Rechtsextremen übergehen. Berichte

über no-go-areas und Dominanz junger Rechtsextremer in etlichen Ortschaften wurden gerne verdrängt. Wir in Baden-Württemberg fühlten uns zudem nicht betroffen, das ist doch eher eine Sache in den Neuen Bundesländern. Der Aufmarsch der sog. Jungen Nationaldemokraten in Göppingen am 23. 9. Muss die Augen öffnen. Auch hierzulande muss der Kampf gegen die Anziehung des Rechtsextremismus weiter geführt werden. Nicht hilfreich ist die Streichung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus durch die schwarz-rote Bundesregierung. Zahlreiche erfolgreiche Projekte und Netzwerke stehen vor dem Aus. Zwar wurden unter anderem auf Drängen der Grünen die bisherigen Mittel (19 Mio. Euro) für ein neues Aktionsprogramm unter dem Namen "Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie" bereit gestellt. Doch schon der Name des Programms sendet ein falsches Signal aus. Zudem sollen zukünftig nur noch Gebietskörperschaften die Gelder abrufen dürfen. D.h., eingearbeitete Projekte können nicht weiterlaufen, neue Projekte müssen sich erst etablieren. Es ist davon auszugehen, dass in den ersten Monaten des Jahres 2007 keine Zuweisungen an Projekte stattfinden, weil die geplante zentralisierte Regiestelle vorher nicht Tritt fasst. Daher schließen jetzt die Stellen, kündigen Büros, Mitarbeiter werden arbeitslos. Erfolgreich aufgebaute Netzwerke reißen ein.

Wo steht das Haus der Heimat?

Um so skandalöser ist es, wenn aus Bildungseinrichtungen, die reichlich mit Fördermitteln des Landes ausgestattet sind, rechtsextremistisches Gedankengut verbreitet wird. Bereits Mitte der 90-er Jahre wurde Albert Reich, damaliger Leiter des Hauses der Heimat in Stuttgart, abberufen, weil er einen antisemitischen

Brief kopiert und versandt hatte. Jetzt wurden erneut Vorwürfe gegen Reich und das Haus der Heimat erhoben. Pressemeldungen zufolge hat Reich in der Bildungseinrichtung, in der er mittlerweile als Kulturwart des Bundes der Vertriebenen (BdV) arbeitet, aus mindestens einer als rechtsextremistisch eingestuften Zeitschrift Artikel kopieren und verschicken lassen. Zudem habe Reich Kontakte zu Personen gehabt, die im Verfassungsschutzbericht standen.

Unverständlich ist, wie das Haus der Heimat Herrn Reich weiterhin Zugang gewähren, ihn Bürogeräte nutzen lässt und ihm Postversand ermöglicht. Angesichts des eklatanten Verstoßes gegen die in einer Bildungseinrichtung zu übenden Sorgfalt stellen wir die Frage, ob Landesmittel für diese Organisation noch länger zu rechtfertigen sind.

Weitsicht gegen Korinthen.....

Schenkelklopfen bei den Rechten.

Voll daneben liegt die Staatsanwaltschaft Stuttgart und noch ärgerlicher auch die Richter. Deren Vertreter scheinen die Müße zu haben, spitzfindig über von der Öffentlichkeit seit langem als unmissverständliche Symbole gegen den Rechtsextremismus anerkannte Anti-Nazi-Symbole zu spekulieren.

Auszüge aus der Pressemeldung:

Scharfe Kritik an dem Urteil kam von den Grünen im Landtag. Der Stuttgarter Landtagsabgeordnete Werner Wölfle sagte: „Das Gericht ist wohl von allen guten Geistern verlassen. Nach dem Einzug von sechs NPD-Abgeordneten in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern konnte man unzählige Reden und Appellen hören, in denen ein stärkeres bürgerschaftliches Engagement und Zivilcourage gegen die Verfassungsfeinde gefordert wurde. Die alten und neue Nazis werden sich nun vor Freude auf die Schenkel klopfen, wenn ein sozial eingestellter Unternehmer, engagiert im Kampf gegen den Rechtsextremismus, 3600 Euro Strafe zahlen muss und somit vorbestraft gilt, während die rechtsextreme Hetze oftmals ungehindert und während Wahlkämpfen weitergehen kann. Dieses Urteil schwächt alle Bemühungen, rechtsradikale Umtriebe in die Schranken zu weisen.

Ich bin schwer enttäuscht, ja fassungslos über so viel Kurzsichtigkeit. Hier ist der Demokratie kein guter Dienst erwiesen worden. Jedem Jugendlichen, der für sich die Lehren aus dem

Dritten Reich gezogen hat und sich aus tiefster Überzeugung für unsere Demokratie und gegen den Rechtsextremismus einsetzt, werden Zweifel kommen über die Fähigkeit unserer rechtsstaatlichen Organe.“

Dickes Lob für unsere GRÜNE JUGEND

Für alle die nicht die Stuttgarter Nachrichten gelesen haben: Unsere GRÜNE JUGEND hat durch intelligentes, pfiffiges, mutiges Auftreten die Absurdität der Gerichtsverhandlung deutlich gemacht und es damit zu einem fast ganzseitigen Foto gebracht. Sie hat im Verfah-

ren gegen Jürgen Kramm vor dem Landgericht demonstriert und dabei Anstecker mit durchgestrichenen Hakenkreuzen verteilt. Sie hat einen Workshop zum Thema Rechtsextremismus auf einem Schülerwochenende mit organisiert. Sie plant Infostände zum Thema. Ganz dickes Lob an euch, Sarah, Nico, Hut-Peter, Manuel und alle anderen. Und wenn ihr es noch einmal schafft, mit einer Aktion so groß in die Zeitung zu kommen, werde ich für alle eine Grillfete veranstalten. Versprochen.

Werner Wölfle

Alles Müll oder was?

Der OV Cannstatt beim Vor-Ort-Termin

Der Grüne OV Bad Cannstatt organisierte im September eine Führung durch die Müllverbrennungsanlage Münster. Ein gutes Dutzend Grüne und Interessierte kamen.

Die Führung begann mit einer theoretischen Einführung. Der eigentliche Zweck der MVA liegt in der Fernwärmeversorgung Stuttgarts und der Verbrennung des Hausmülls. Insgesamt 20 % des Fernwärmeebedarfs von Privaten und Betrieben wird in der MVA erzeugt. Die Stromerzeugung ist mit 3 % des in Stuttgart verbrauchten Stroms vernachlässigbar.

Vorläufer der Anlage befinden sich seit 1908 auf dem Gelände, wenn auch der große Ausbau in den 60ziger und 70ziger Jahren aufgrund fehlender Deponiemöglichkeiten stattfand. Zur Zeit werden jährlich 250.000 t Hausmüll verbrannt. Nach voller Belastbarkeit aller Kessel steigert sich die Menge auf 420.000 t Hausmüll jährlich. Der Hausmüll wird dazu aus Esslingen, Reutlingen, Tübingen, dem Rems-Murr-Kreis, dem Zollernalbkreis und dem Bodenseekreis herangekarrt werden. Eine Rauchgaswaschanlage und geschlossene Wasserkreisläufe auf dem Gelände sorgen für den erforderlichen Umweltschutz.

Bei der anschließenden Exkursion durch das Gelände ging es in die über die LKW-Waage zur Ladehalle des großen Müllbunkers und auf dessen Steuerstand, von wo aus der Müll zerkleinert, durchmischt und in den kleinen Müll-

bunker per Band transportiert wird. In den Kesselhallen warfen wir einen Blick auf dem Rost eines Verbrennungskessels mit verbrennendem Müll. Der Rundgang erstreckte sich auch auf die Rauchgaswaschanlagen und die Schlackebänder.

Die mehrstündige Führung war sachkundig und informativ. Für die Aktion Müll auf die Schiene lieferte die Führung gute Ortskenntnis auf dem Gelände.

Andrea Münch



Müll

11

Neues aus dem Kreisverband

Kreisvorstand in Klausur

Unter dem lakonischen Motto „Was muss der Kreisvorstand wie machen?“ hat sich der Kreisvorstand vom 22. bis 23. September in Altensteig in Klausur begeben, um einmal in Ruhe Organisationsstrukturen zu überarbeiten, politisch zu diskutieren und auch ein wenig gruppendynamisch wertvoll am Weinglas zu nippen. Ergebnisse seht ihr - denke ich - bald an etwas anderen Schwerpunkten unserer Arbeit und auch ein bisschen schon an diesem Rundbrief.

Götz Rabeneick

Neuer stellvertretender Bezirksbeirat in Cannstatt

Dr. med Peter Görgler ist neuer stellvertretender Bezirksbeirat in Bad Cannstatt. Als Arzt und Homöopath arbeitet er speziell zu den Themen Gesundheit und Soziales. Er betreut den Stadtteil Hallschlag.



Es gibt viel zu tun – man müsste das mal anpacken ... Unerbittlich werden auf der Klausur des Kreisvorstandes Schwachstellen angesprochen, Strategien diskutiert und nach Lösungen gesucht. Und jetzt müssen wir die ganzen guten Gedanken nur noch umsetzen

Sillenbacher Grüne informierten zum Thema Verkehr

Zu mehreren Verkehrsfragen hat der OV Sillenbuch am 15.9. und 16.9. jeweils einen Infostand im Stadtbezirk gemacht. Dabei wollten unsere Sillenbacher Aktiven drei Anliegen „unters Volk“ bringen:

- Gegen die Verwirklichung von „Stuttgart-21“. Die Bürger hatten am Stand Gelegenheit, an der Unterschriftenaktion des BUND teilzunehmen und die zugehörigen Protestpostkarten an den Ministerpräsidenten zu senden.
- Für den „Müll auf die Schiene“. Hier konnten die Leute unsere grünen Protestpostkarten mitnehmen oder ausfüllen.
- Für bessere Fahrradwege in Sillenbuch, insbesondere eine „Radweg-Furt“ an einem wichtigen Abzweig von der Kirchheimerstraße. In Ergänzung dessen haben unsere Sillenbacher eine „Passanten-Befragung“ durchgeführt, um

Rückmeldungen der Bürgerinnen und Bürger zum Thema zu erhalten. Dies diente auch der Vorbereitung der Radbegehung, die Ende September mit dem Fahrradbeauftragten der Stadt Stuttgart (Köhnlein) in Sillenbuch stattfand, und der darauf folgenden Bezirksbeirats-Sitzung mit diesem Thema.

Die Stände sind nach Aussagen des Ortsvorstands ganz ordentlich gelaufen. Blieben die Leute stehen, bekamen wir häufig eine positive Rückmeldung, die Karten wurden oft mitgenommen. Einige Bürger und Bürgerinnen bemerkten allerdings, dass bei Verkehrsfragen, die „da oben“ doch machten, was sie wollten. Diese Art von Resignation wurde ab und zu beim Thema Stuttgart 21 deutlich.

Karsten Hoffmann und Götz Rabeneick

Der Grüne Zukunftskongress – ein Bericht



Samstag, 1. September 2006. Ein Tag wie jeder andere. Wie jeder andere? Nicht ganz! An einem Tag wie diesem würde ich unter normalen Umständen – es ist gerade 9.00 Uhr – noch in meinem Bett liegen. Und die

999 anderen Anwesenden wohl auch – so sehen sie zumindest aus. Doch die GRÜNEN wollten es anders – wir wollten es anders! Und so trudelt eineR nach der/dem anderen im Energieforum in Berlin ein. Es soll das grüne Highlight der nächsten Jahre werden: der Zukunftskongress! Eigentlich mag ich keine Veranstaltungen, denen schon im Vorhinein historische Dimensionen angemessen werden. Doch der Prozess, der sich tatsächlich konsequent auf den Kongress hin angebahnt hat, beeindruckt mich. Begonnen hat alles ausgehend mit Götz Werner. Plötzlich war das Grundeinkommen in aller Munde. Und wir? Nach dem kurzen baden-württembergischen Koma, das auf das Wahlergebnis und die Sondierungsgespräche folgte, stellten wir die leidigen Machtdiskussionen ein. Und begannen erneut zu diskutieren – inhaltlich! Ob in der Grünen Jugend Stuttgart, der GJBW, auf Kreismitgliederversammlungen oder dem Regionalkongress – überall wurde diskutiert... – kurzum: ob ich will oder nicht, ich habe Erwartungen an den Zukunftskongress. Ich will wissen, was in den anderen Städten und Bundesländern diskutiert wurde. Doch zurück zum Schauplatz und hinein in das erste Panel. Claudia Roth moderiert, Thema ist China. Auch wenn mir das kritische selbstreflexive Element deutlich zu kurz kommt, lohnt sich die Debatte. Mir wird dabei wieder klar, welcher Luxus es ist, angstfrei für politische Ziele eintreten zu können. Anschließend der erste Workshop, Friedenspolitik. Er ist sehr voll. Nach spannenden Impulsen kommt die grüne Basis zu Wort. Recht schnell bahnt sich ein Pazifisten - Bellizisten Diskurs an, der schließlich durch ein Statement gebrochen wird (sinngemäß: „Diese uralte schwarz - weiß Diskussion kotzt mich an!“). Was folgt, ist eine Debatte über die Debatte: Debattieren wir Krieg und Frieden in denselben Mustern wie vor 20 Jahren? Es fällt

mir schwer, das nachzuvollziehen (liegt mit meinen 21 Lebensjahren in der Natur der Sache) und dennoch spüre ich, wie wichtig es für die betroffenen Anwesenden ist. Die nachfolgende Gruppenarbeit verläuft sehr gut und alle bedauern den Zeitdruck, der die Arbeit sehr einschränkt. Das Thema hätte ohne weiteres alle drei Tage füllen können. Es geht weiter, nach der Mittagspause folgt das nächste Panel: Wie soll Europa verfasst sein? Das Publikum biegt sich vor Lachen bei der Key Note von Prof. Dr. Kalypso Nicolaidis: Die Verfassung sei das potentielle Viagra Europas – und die Türkei ein hässliches, verunstaltetes Kuckucks-Baby. Es bleibt der Eindruck, dass die Lacher der Hilflosigkeit geschuldet sind. Wie soll Europa denn nun verfasst sein? Ich hoffe auf Antworten im Workshop. Auch hier bildet sich ein deutlicher Riss: Integration Europas contra Erweiterung. Und der Workshop ist ebenfalls viel zu kurz, um das Thema zu vertiefen. Diese Kürze ist es, die mich durchgehend stört. Zugegeben – der Ablauf war seit langem bekannt und es musste allen Beteiligten klar sein, dass es für tiefergehende Diskussionen keine Zeit geben würde. Und dass kurze Zeiträume zu bipolaren Diskussionen mit eher bekannten als innovativen Argumenten führen, auch. Im Austausch mit anderen erfahre ich, dass es fast alle so empfinden. Und mir wird langsam klar, dass das gut ist. Sehr gut sogar! Wollten wir allen ernstes einen Kongress, nach dem allen klar ist, wohin es geht? Natürlich nicht! Was wir wollten, war streiten. Vor dem Kongress, währenddessen und natürlich(!) danach. Die Workshops haben bei allen mehr denn je das Gefühl hinterlassen, dass es eine Menge zu besprechen gibt. Dass wir Antworten finden wollen. Dass die Argumente uns nicht ausgereicht haben. Dass wir andere von unserer Meinung überzeugen wollen. Eben, dass wir weiter streiten wollen. Für uns als Grüne Jugend ist es oft besonders schwer, die Stimme so laut zu erheben, dass sie auch nach „außen“ in die Partei dringt. Wir schrecken oft vor Themen zurück, weil wir uns das nötige Fachwissen nicht anmaßen wollen – und verpassen die Möglichkeit, Diskussionen anzustoßen. Das ist es also, was ich gelernt habe: Diskussionskultur hat einen Wert an sich. Wir als Grüne Jugend werden unseren Teil dazu beitragen, die Form mit Inhalten zu füllen!

Sarah Mayer

Zukunftskongress

13

Ortsverbände Kontakte und OV-Treffen

Birkach/Plieningen

OV-Sprecher: Uli Träger
Steinwaldstr. 54 A, 70599 Stuttgart
Telefon 0711-4560502
Fax: 0711-4560513
mail: traeger@visuelle-gestaltungen.de

Botnang

OV-Sprecher: Uwe Diemer
Paul-Lincke-Str. 26, 70195 Stuttgart
Telefon 0711-690566
mail: uwe-h.diemer@t-online.de

Cannstatt

OV-Sprecher: Andrea Münch
Hofener Str. 66, 70372 Stuttgart
Telefon 0711-8826301
mail: andrea.muensch@web.de

Der OV trifft sich idR jeden 3. Freitag im Monat,
19.30 Uhr im „Abklatsch“, Wilhelmstraße 27

Degerloch

OV-Sprecherin: Ingrid Fischer
Hoffeldstr. 251, 70597 Stuttgart
Telefon 0711-7261620
mail: if.fischer@t-online.de

Der OV trifft sich regelmäßig - nach Absprache. Termine
und Ort bitte bei der Sprecherin erfragen.

Feuerbach

OV-Sprecher: Reiner Götz
Thomas-Mann-Str. 71, 70469 Stuttgart
Telefon 0711-857278
mail: feurg@n.zgs.de

Mitte

OV-Sprecher: Iris Weible
Werastraße 115
70190 Stuttgart
Telefon 0711-2539750
mail: iris@gj-stuttgart.de

Mark Breitenbücher,
Bopserstraße 8, 70180 Stuttgart
Telefon 0711-2599361
mail: mark.breit@gmx.de

Der OV trifft sich i.d.R. jeden 2. Dienstag im Monat, 20 Uhr,
im Murrhardter Hof, Wilhelmsplatz

Möhringen

OV-Sprecher: Nikolaus Tschenk
Anna-Peters-Str. 23, 70597 Stuttgart
Telefon 0711-764829
n.tschenk@web.de

Der OV trifft sich idR jeden 1. Donnerstag im Monat,
20.00 Uhr, im Bürgertreff am Oberndorf-Platz

Nord

OV-Sprecher: Henning Schürig
Wiederholdstraße 12, 70174 Stuttgart
0711-1229953
henning.schuerig@gruene.de
<http://basis.gruene.de/stuttgart-nord>

Der OV trifft sich unregelmäßig im Naturfreundehaus
Steinbergle, Stresemannstr. 6, Termine bei Henning
erfragen.

Ost

OV-Sprecher: Roland Hartmann
Pischekstr. 27, 70184 Stuttgart
Telefon 0711-245367
mail: hartmann@serviceconsult.de

Der OV trifft sich idR. jeden 1. Dienstag im Monat
in der Gaststätte Sakristei, Gabl. Hauptstr. 84, 20.00 Uhr

Sillenbuch

OV-Sprecher: Karsten Hoffmann
Gorch-Fock-Str. 1, 70619 Stuttgart
Telefon 0711-472626, Fax 4792628
mail: KHoffmann@hitpm.de

Der OV trifft sich idR jeden 1. Dienstag im Monat
um 20.00 Uhr in S-Heumaden in der Gaststätte Hochholz-
grill, Hochholzweg 1 (Termine in den Schulferien erfragen)

Süd

OV-Sprecher: Peter Pätzold
Cottastr. 49, 70180 Stuttgart
Telefon 0711-6406442
mail: ov.stuttgart-sued@gruene.de

Der OV trifft sich idR. am ersten Mittwoch im Monat um
20.00 Uhr im „Lehen“, Ecke Lehen-/Liststraße.

Vaihingen

OV-Sprecher: Dr. Roland Barthel,
Brühlstraße 2, 70563 Stuttgart
Telefon 0711-8825826
mail: roland.barthel@iws.uni-stuttgart.de

Der OV trifft sich im MÜZE (Mütterzentrum).
Termine bei Sprecher erfragen.

West

OV-Sprecher: Ruth Schuhbauer
Augustenstr. 123, 70197 Stuttgart
Telefon 0711-6159805
mail: ruthschuhbauer@t-online.de

Jan Sieckmann
Telefon 0711-6209859
mail: Jan.Sieckmann@web.de

BZB-SprecherInnen: Margit Riedinger
Zeppelinstraße 47, 70193 Stuttgart
Telefon 0711-2166578
mail: margit.riedinger@astuttgart.de

Uschi Preuthen
Rötestraße 49, 70197 Stuttgart
Telefon 0711-611215
mail: preuthen@aol.com

Der OV trifft sich idR jeden ersten Mittwoch im Monat um
20 Uhr im Café Merlin, Augustenstraße 72.

Wangen-Hedelfingen

OV-Sprecherin: Barbara Stock-Edinger
In den Stubenweinbergen 2; 70327 S
Telefon 0711-4516399
mail: barbara-edinger@gmx.de

Weilimdorf

OV-Sprecherin: Annette Schäfer
Molchweg 63, 70499 Stuttgart,
Telefon 0711-861814
mail: annette.schaefer@ba-
wue.gruene.de

Termine und Ort der Treffen bitte bei der Sprecherin
erfragen.

Zuffenhausen

OV-Sprecher: Emeran Onana
Rotweg 173, 70437 Stuttgart
Telefon 0711-1201795
emeran@arcor.de

Termine und Ort der Treffen bitte beim Sprecher erfragen.

Kontakt zu den Grünen in den nicht aufgeführten Stadt-
teilen über die Kreisgeschäftsstelle,
Telefon: 6159501, E-Mail: buero.kv.stuttgart@gruene.de

Kontakte & Adressen

Infos zu Stadt-, Landes-, Bundes- und Europaebene

Kreisverband Stuttgart

Büro BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Stuttgart,
Hermannstr. 5a, 70178 Stuttgart
Telefon 0711-6159501
Fax 0711-6159503
info@gruene-stuttgart.de
www.gruene.de/stuttgart
Bank: LBBW (60050101), Konto-Nr.: 2550905

Alain Grenier

Bürosprechzeiten:

Mo. und Mi. bis Fr.: 9-13 Uhr, Di.: 14-20 Uhr
info@gruene-stuttgart.de

Irmela Neipp-Gereke (Kreisvorsitzende)

Birkendörfle 16, 70191 Stuttgart
Telefon 0711-251104
Fax 0711-251104
irmela.neipp-gereke@gruene-stuttgart.de

Götz Rabeneick (Kreisvorsitzender)

Gebelsbergstraße 84c, 70199 Stuttgart
Telefon 0711-6402337
aym1@gmx.de

Martin Steeb (Kreisschatzmeister)

Burgstallstraße 17, 70199 Stuttgart
Telefon 0711-2163604
martin.steeb@stuttgart.de

Wahlkreisbüro

Büro **Biggi Bender**
Sandra Weber
Hermannstr. 5 A, 70178 Stuttgart
Telefon 0711-26346177
Fax 0711-6151725
biggi.bender@wk.bundestag.de
www.biggi-bender.de

Gemeinderatsfraktion Stuttgart

Büro BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
IM GEMEINDERAT STGT.
Rathaus Zimmer 8
Marktplatz 1, 70173 Stuttgart

Telefon 0711-216-3604
Fax 0711-216-5682
gruene.fraktion@stuttgart.de
www.stuttgart.de/gruene

Ursula Marx (Fraktionsvorsitzende)

Werner Wölfle (Fraktionsvorsitzender)

Margit Riedinger (Geschäftsführerin)

Regionalfraktion

Büro BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
REGIONALFRAKTION
Kronenstr. 25, 70174 Stuttgart
Geschäftsstelle
Telefon 0711-2263-010
Fax 0711-2262-320

Elisabeth Häußer-Nebel (Geschäftsführerin)

Landtagsfraktion

Büro BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Landtag von Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart
Telefon 0711-2063-683
Fax 0711-2063-660
post@gruene.landtag-bw.de
http://bawue.gruene-fraktion.de

Brigitte Lösch

Telefon 0711-2063-677

Werner Wölfle

Telefon 0711-2063-652

Hedi Christian (Geschäftsführerin)

Telefon 0711-2063-681
hedi.christian@gruene.landtag-bw.de

Landesgeschäftsstelle

Büro BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Forststr. 93, 70176 Stuttgart
Telefon 0711-99359-0
Fax 0711-99359-99
Landesverband@gruene-bw.de
www.gruene-bw.de

Landesvorstand

Petra Selg (Landesvorsitzende)

Andreas Braun (Landesvorsitzender)

Telefon 0711-99359-0

Harald Dolderer (Landesschatzmeister)

Telefon 07144-821560

Bundesgeschäftsstelle

Büro BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bundesgeschäftsstelle
Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin
Telefon 030-28442-110
info@gruene.de
www.gruene.de

Bundestagsfraktion

Büro BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon 030-227-56789
fraktion@gruene-fraktion.de
www.gruene-fraktion.de

Europabüro Stuttgart Heide Rühle

Büro Grünes Europabüro Baden-Württemberg
Thilo Berner
Forstraße 93, 70176 Stuttgart
Telefon 0711-9935920
Fax: 0711-9935999
thilo.berner@gruene-bw.de

Grüne Jugend Stuttgart

Sarah Meyer (Vorsitzende)

mail: sarah@gj-stuttgart.de

Nico Herden (Vorsitzender)

nico@gj-stuttgart.de

www.gj-stuttgart.de

Termine & Veranstaltungen

Postvertriebsstück E 14082 – Entgelt bezahlt

19.10. 20 Uhr
Do OV-Möhringen Treffen
 Oberdorfplatz 8
 S-Möhringen.

20.10. 19.30 Uhr
Fr OV-Bad-Cannstatt Treffen
 Café Zebra, Wilhelmstr. 10
 S-Bad Cannstatt

26.10. 19 Uhr
Do Neumitgliedertreffen
 Café Merlin
 Augustenstr. 72, S-West

26.10. 20 Uhr
Do Kreismitgliederversammlung
 Kulturzentrum Merlin
 Augustenstr. 72, S-West

02.11. 20 Uhr
Do OV-Möhringen Treffen
 Oberdorfplatz 8
 S-Möhringen

06.11. 19.30 Uhr
Mo OV- Vaihingen Treffen
 Mütterzentrum, Ernst-Kachel-Str. 5
 S-Vaihingen

07.11. 20 Uhr
Di OV- Birkach Treffen
 Im „Brückle“, Goetzstraße
 S-Birkach

11.+12.11., ganztägig
**Landesdelegiertenkonferenz
 in Bad Krotzingen**
 Herbert-Hellmann-Allee 12,
 79189 Bad Krotzingen

16.11. 20 Uhr
Do OV-Möhringen Treffen
 Oberdorfplatz 8
 S-Möhringen

Bündnis 90/Die Grünen
 KV Stuttgart · Hermannstr. 5 A · 70178 Stuttgart

17.+18.11., ganztägig
**Jahrestagung der Heinrich-Böll-
 Stiftung Baden Württemberg**
**„Toleranz ohne Ende – Ende der
 Toleranz? Anerkennung in der
 Einwanderungsgesellschaft“**
 Württembergischer Kunstverein,
 Stuttgart (Anmeldung erforderlich)

21.11. 20 Uhr
Do OV-Degerloch Treffen
 „Da Nunzio und Schnecki“, Julius-
 Hölder-Straße 43 (Industriegebiet
 Tränke), S-Degerloch

28.11. 20 Uhr
Do Grün trifft grün
 Lokalität Rosenau
 Rotebühlstraße 109b, S-West

01. bis 3.12., ganztägig
**Bundesdelegiertenkonferenz
 in Köln-Deutz**

07.12. 20.00 Uhr
Do Kreismitgliederversammlung
 Kulturzentrum Merlin
 Augustenstr. 72, S-West